

# Kommunalabgaben: Koalition ist sich uneinig

Linke und Bürgerallianzdrängen, die Kommunalabgaben für Straßenbau und Abwasser abzuschaffen. Doch Koalitionspartner SPD bremst. Das Thema könnte noch für viel Frust sorgen.

Von Eike Kellermann (STZ vom 19.08.2015)

Erfurt – In diesem Jahr begeht die „Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben“ ihr 20-jähriges Jubiläum. Im Herbst 1995 wurde sie in der Gaststätte „Feuerkugel“ in Erfurt gegründet. Es folgten heiße Tänze mit der damals regierenden CDU. Dabei feierte die Allianz Erfolge. Auf ihren Druck hin schaffte die Althaus-Regierung 2005 die Wasserbeiträge ab und deckelte die Abwasserbeiträge, was seitdem freilich den Landeshaushalt belastet. Aber es gab auch Niederlagen. 2013 stoppte das Verfassungsgericht das Volksbegehren, mit dem alle Kommunalbeiträge abgeschafft werden sollten. „Oft genug wurden wir durch Wahlversprechen enttäuscht“, sagt Landeschef Wolfgang Kleindienst über die vergangenen 20 Jahre. Mit der inzwischen in Thüringen regierenden Linkskoalition verbindet er daher große Hoffnungen. Die Linke war von Anfang an ein Bündnispartner, die Grünen kamen in der vorigen Wahlperiode hinzu. Nicht von ungefähr mahnt Kleindienst: „Jetzt nehmen wir die Wahlversprechen der Linken und der Grünen ernst – und wollen nicht wieder enttäuscht werden.“

Doch genau diese Enttäuschung droht. Zwar stellt der alte Kampfgefährte Linkspartei nun den Regierungschef. Aber zur Koalition gehören nun einmal drei Partner. Und die SPD ist bisher offenkundig nicht bereit, bei den Kommunalabgaben große Zugeständnisse zu machen. Die Beiträge werden von Grundstücksbesitzern gezahlt, wenn an ihren Grundstücken liegende Gemeindestraßen ausgebaut oder die Grundstücke an das Abwassernetz angeschlossen werden.

Die Bürgerallianz will den vollständigen Verzicht auf die Beiträge. Die Baukosten sollen stattdessen von der Allgemeinheit getragen werden. Beim Abwasser von allen Gebührenzahlern des jeweiligen Zweckverbandes, bei den Straßen von allen Einwohnern eines Ortes. „Der besondere Vorteil eines Grundstücksbesitzers durch eine Straße ist für uns nicht gegeben“, begründet das Frank Sieber, Chef des Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümerversaues Saale-Orla. Schließlich könnten die Straßen von allen genutzt werden, insofern seien sie auch von allen zu finanzieren.

Vorteile durch Ausbauten. Ein Argument, das Frank Warnecke nicht gelten lässt. Warnecke ist nicht nur Geschäftsführer des Mietervereins Erfurt, sondern auch SPD-Landtagsabgeordneter. Er sagt, Grundstücksbesitzer hätten durchaus Vorteile durch die Ausbauten an Straßen und beim Abwasser. Trotzdem könne man die Gesetze zu den Kommunalbeiträgen „in Detailfragen“ ändern.

„Aber die Änderungen gehen nicht bis zur Abschaffung“, betont Warnecke. Eine Abschaffung sei auch nicht im Koalitionsvertrag vorgesehen. Diese Position bietet Zündstoff. Die Linke will, wie ihr Kommunalpolitiker Frank Kuschel betont, in diesem Jahr per Gesetz die Kommunalbeiträge begrenzen. Sie sollen nur noch für Bauarbeiten erhoben werden dürfen, die spätestens vor vier Jahren begannen. Derzeit ist die Rechtslage in Thüringen so, dass die Gemeinden sogar für Bauarbeiten von Anfang der 1990er Jahre Beiträge verlangen dürfen. Derart lange rückwirkende Beiträge erheben zu können, zeige nur, „wie verkommen der Rechtsstaat ist“, ereifert sich Eckhart Beileites, Vizepräsident beim Verband Deutscher Grundstücksnutzer. Dagegen sei Steuerhinterziehung schon nach zehn Jahren verjährt. Bis zum Ende dieser Wahlperiode will die Thüringer Linke eine generelle Neuregelung bei den Beiträgen erreichen. Entweder sollen sie ganz abgeschafft oder ins Ermessen der Gemeinden gestellt werden. Ob die SPD da mitspielt, ist mehr als offen. Erst recht, weil Bürgerallianz und Linke für die Erstattung bereits gezahlter Beiträge sind. SPD-Finanzministerin Heike Taubert, der Kassenwart der Koalition, wird das mit Grausen hören.